



**VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND
UNTERNEHMER
VERTRETUNG IN DEUTSCHLAND, BERLIN**

ALMANYA BASIN DEĞERLENDİRMESİ

14.09.2009- 18.09.2009

TS-BER/2009/41

DER TAGESSPIEGEL

Der Tagesspiegel, 13.09.2009

EU-Beitritt der Türkei bleibt strittig

Ist die EU ein Zweckverband oder eine Wertegemeinschaft? Steckt hinter den Institutionen in Brüssel und Straßburg ein Ideal oder nur geballte Bürokratie? Die Parteien im deutschen Bundestag sind sich einig: Die EU ist mehr als der wirtschaftliche Nutzen, den der Staatenverbund seinen Mitgliedern bietet.

Sie streiten aber weiterhin darüber, was dieses „Mehr“ sein soll. Die EU-Politik der Parteien unterscheidet sich daher nicht nur in Details: Selbst auf die Grenzen Europas können sie sich nicht einigen.

Für die CDU/CSU steht fest: Die EU ist eine christlich-abendländische Gemeinschaft. Die Parteien wollen daher den Beitritt der Türkei verhindern. Fast 99 Prozent der Türken sind Muslime. „Bei aller Freundschaft, bei aller Bedeutung der Türkei, die volle Mitgliedschaft würde die Chance einer politischen Union dramatisch gefährden, wenn nicht unmöglich machen“, sagte Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor der Europawahl. Die Union setzt sich für eine „privilegierte Partnerschaft“ mit der Türkei ein.

Auch die FDP ist skeptisch, sperrt sich aber nicht so vehement gegen eine Vollmitgliedschaft. Alle anderen Parteien stehen einem Beitritt offen gegenüber. „Der Weg der Türkei in die EU ist ein Beitrag zu Stabilität und Frieden in der Region und zur Demokratisierung der Türkei“, heißt es im Wahlprogramm der Grünen. Umstritten ist auch, wie sich die EU wirtschaftlich weiterentwickeln soll. Die SPD will, dass die EU nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion bleibt. Sie setzt sich für eine europäische Sozialunion mit einem europaweiten Mindestlohn ein. Auch die Grünen und die Linke wollen das. FDP und Union lehnen einen flächendeckenden Mindestlohn ab.

Die Parteien zeigen auch mit Blick auf die militärische Zukunft der EU keine Einigkeit. Im Gegensatz zur Linken fordern FDP und Grüne den Aufbau einer europäischen Armee unter dem Kommando des Europaparlaments. Auch Union und SPD wollen EU-Truppen.

Eine Forderung eint aber alle Parteien: Die Europa-Politik soll transparenter werden. Nach Angaben des Informationsdienstes EurActiv arbeiten in Brüssel derzeit rund 15000 Lobbyisten. „Die Intransparenz der politischen Prozesse begünstigt diese Interessenvertreter“, sagt Rainer Steenblock, europapolitischer Sprecher der Grünen. Seine Partei fordert darum, wie alle anderen Parteien auch, eine größere Beteiligung der Bürger an Entscheidungen in der EU. Trotz großer Differenzen in grundlegenden Fragen: Eine Rückbesinnung auf die Nationalstaatlichkeit kommt für keine Partei infrage. „Die EU ist ein Erfolgsmodell“, sagt Steenblock. Am Ende sollte Europa eine eigene Verfassung bekommen, verlangt er. Eine Forderung, der außer der CSU alle Parteien zustimmen. *Issio Ehrlich*

SINIR ARAYIŞI

Acaba AB bir değerler birliği mi yoksa ortak hedeflerin takip edildiği bir oluşum mudur? Brüksel ve Strasbourg'taki birimler bir idealden mi yoksa sadece yoğun bürokrasiden mi ibarettir? Alman Meclisinde yer alan siyasi partiler, AB'nin ekonomik çıkarların ötesinde bir birlik olduğu konusunda hemfikirler. Partilerin AB siyasetleri farklı olmakla birlikte, Avrupa'nın sınırları konusunda dahi mutabık olmadıkları dikkati çekiyor.

CDU/CSU partileri, AB'nin Hristiyan değerlere sahip bir birlik olduğu konusunda hemfikir. Bu nedenle CDU/CSU, Türkiye'nin AB'ye üyeliğine karşı çıkıyorlar. Federal Almanya İçişleri Bakanı Wolfgang Schaeuble, "Tüm dostluğumuza ve Türkiye'nin önemine rağmen, Türkiye'nin tam üyeliği, Birliğin siyasi bir birlik olma fırsatını tehlikeye sokacak, belki de imkânsızlaştıracaktır." ifadesinde bulunuyor. Birlik partileri, Türkiye ile "imtiyazlı bir ortaklık" yapılmasından yanalar.

FDP de Türkiye'nin AB üyeliği konusunda kuşkulara sahip olmasına rağmen kesin olarak ülkenin tam üyeliğine karşı çıkmıyor. Diğer partiler Türkiye'nin üyeliğine olumlu yaklaşıyorlar. Yeşiller Partisinin seçim programında, "Türkiye'nin AB yolunda ilerlemesi bölgenin istikrarı ve barışına ve bunun ötesinde ülkenin demokratikleşmesine katkı sağlayacaktır." ifadesi yer alıyor.

German teenager given suspended sentence in marathon sexual abuse case in Turkey



Deutsche Welle, 16.09.2009

Marco Weiss was 17 when he was accused of sexually abusing a British teenage girl he met while on vacation in Turkey. Now a Turkish court has given him a suspended sentence of just over two years.

A Turkish court has sentenced a German teenager to a suspended prison term of two-and-a-half years for sexual abuse of a 13-year-old girl.

In a verdict issued Wednesday, the court ordered Marco Weiss, now 19, to be monitored for the next two years, two months, and 20 days. He will remain free in Germany, but will have to serve the remainder of the sentence in prison if he commits a crime in Turkey within the next five years. Weiss, who was eligible for a sentence of up to eight years in prison, did not attend the proceedings.

Weiss, from the village of Uelzen in Lower Saxony, was 17 when he was arrested in April 2007. He met the British girl when the two were vacationing with their families in the Turkish resort town of Side.

Weiss has denied that the two had intercourse, and says the activity they did engage in was consensual. He also said the girl had told him she was 15, which is the age of consent in Turkey.

Weiss had been detained in a Turkish prison for eight months before being released on bail in December 2007. His attorney had lodged a formal complaint with the European Court of Justice about conditions at the prison, where the teenager was held in a cell with 30 other prisoners and only one toilet.

German prosecutors in Lueneburg closed their parallel inquiry in May after being unable to confirm the sexual assault charges.

The girl's lawyer said he was happy that the court's verdict agreed with the prosecution's case that sexual abuse had taken place but added that he felt the sentence was too light. After discussions with the girl's parents, an appeal may be lodged.

Weiss' Turkish attorney, Mehmet Asim Iplikcioglu, said Weiss should have been acquitted. He said he would appeal the sentence.

"We will fight this to the end," Iplikcioglu told the Associated Press.

The case caused headlines throughout Germany and for a while placed a strain on official relations with Turkey. It became notorious for the number of times the hearing was postponed.

Harte Strafe für türkische Regierungskritiker

WELT ONLINE

Die Welt, 16.09.2009

Die Dogan-Mediengruppe soll die höchste jemals in der Türkei gegen eine Firma verhängte Steuerstrafe bezahlen. Das Bußgeld übertrifft den Wert des Unternehmens um Längen. Es ist der Höhepunkt eines seit Jahren andauernden Konfliktes zwischen dem Medienkonzern und den regierenden Politikern.

Es ist die spektakulärste Steuerstrafe, die jemals in der Türkei gegen eine Firma erhoben wurde: rund 3,75 Milliarden türkische Lira (etwa 1,7 Milliarden Euro) zusätzlich zu einer früheren Steuerstrafe von rund 422 Millionen Euro. Hinzu kommen Bußgelder, die noch gar nicht berechnet wurden: 2,5 Prozent pro Monat Säumniszuschlag, rückgerechnet bis 2005.

Die Firma, die so bestraft wird, ist die lauteste kritische Stimme gegen die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan: die Dogan-Mediengruppe, zu der das

Massenblatt „Hürriyet“ sowie einflussreiche TV-Sender wie CNN Türk gehören. Die Strafen übertreffen den Marktwert des Unternehmens bei Weitem und entsprechen bislang ungefähr 80 Prozent des Buchwertes der Unternehmensgruppe Dogan Holding, zu der Dogan Media gehört. 80 Prozent des Wertes, aber nur, bis die Säumniszuschläge berechnet sind – dann dürfte es auch den Marktwert der Holding übertreffen. Oder was davon übrig bleibt, denn an der Börse führte die Nachricht bereits zum Einbruch der Dogan-Aktie. Wenn es dabei bleibt, wird das Unternehmen nicht zahlen können und in Staatseigentum übergehen, um aus dem Verkaufserlös die Schulden einzutreiben.

"Klarer Angriff auf die Pressefreiheit"

Die Affäre hat eine heftige Debatte ausgelöst: Ist die Strafe gerechtfertigt, oder will die Regierung des EU-Beitrittskandidaten Türkei die Oppositionsmedien zerstören? Die „New York Times“ sprach von einem „klaren Angriff auf die Pressefreiheit“. Das Finanzministerium besteht darauf, dass alles regelgerecht zugehe. Von der Beantwortung der Frage hängt ab, in welchem Licht die türkische Beitrittspolitik gegenüber der EU erscheint. Sollte tatsächlich die Oppositionspresse mundtot gemacht werden, dann widerspräche das den Kopenhagener Kriterien. Die gesamte türkische Beitrittspolitik dürfte mit anderen Augen betrachtet werden: Will die islamisch geprägte Regierung wirklich Mitglied werden oder den Beitrittsprozess ausnutzen, um ihre innenpolitischen Gegner, vor allem das Militär, auszuschalten?

Im Februar bereits hatte das Finanzministerium eine Strafe von etwa 422 Millionen Euro verhängt, weil Dogan den Verkauf von Anteilen an Axel Springer Media erst im Januar 2008 verbucht hatte. Laut Ministerium hätte das im Dezember 2007 erfolgen müssen. Dogan hält dagegen, dass die tatsächliche Transaktion im Januar erfolgte.

Nun geht es um wenig durchsichtige Transfers von Unternehmensanteilen zwischen diversen Firmen der Gruppe. Dafür hätte Mehrwertsteuer bezahlt werden müssen, sagt das Ministerium. Dogan Media hingegen zitiert Gesetze und Gerichtsurteile, die das Gegenteil zu besagen scheinen. Die Schlacht wird auch medial ausgetragen. Die regierungsfreundliche Presse zitiert aus den Ermittlungsakten, die zugespielt wurden. Die Dogan-Medien zitieren besorgte europäische Politiker und eine fassungslose westliche Presse sowie Steuerexperten, die Dogans Standpunkt vertreten. Der Vorfall dürfte kritische Erwähnung im nächsten Fortschrittsbericht der EU zum türkischen Beitragsprozess finden

Drei Wochen Zeit für Einspruch

Dogan Media hat noch drei Wochen Zeit, um Einspruch zu erheben, was das Unternehmen auch tun wird. Aus Regierungskreisen ist zu hören, man sei offen für Verhandlungen, und Dogan könne auch gnädigere Konditionen erwirken. Kritiker argwöhnen, dass der Preis dafür politische Gefügigkeit sei.

Der erbitterte Streit zwischen den Dogan-Medien und den gegenwärtig regierenden Politikern währt schon mehr als zehn Jahre. Das islamisch orientierte Lager wirft Dogan vor, 1997/98 mit seinen Veröffentlichungen eine aktive Rolle gespielt zu haben beim Sturz der damaligen proislamischen Regierung durch das Militär. Man beschuldigt Dogan, nun Ähnliches zu versuchen – Veröffentlichungen der Dogan-Medien wurden als Indizien vorgelegt bei einem Parteischließungsverfahren gegen die Regierungspartei AKP wegen „antisäkularer Aktivitäten“, was in der Türkei

verfassungswidrig ist. Das Verfassungsgericht erhob eine Geldstrafe, sah aber davon ab, die Partei zu verbieten.

TÜRK HÜKÜMET ELEŞTİRICİLERİ İÇİN AĞIR CEZA

Doğan Medya Grubu Türkiye’ de bir şirketin ödemesi gereken en ağır ceza ile karşı karşıya kaldı. Hürriyet gazetesi ve CNN Türk TV kanalı gibi birçok medya kuruluşunu içinde barındıran Doğan Medya Grubu, Türkiye’ de Erdoğan hükümetine karşı en büyük eleştirileri getiren kuruluş olarak tanınmakta. Verilen ceza firmanın aktif değerinin yaklaşık yüzde 80’ ini kapsamakta.

Ceza, ulusal ve uluslararası platformlarda şiddetli bir tartışmaya neden oldu: AB aday ülkesinin hükümeti acaba muhalif medyayı susturmak mı istiyor, yoksa ceza adalet prensibi ile mi verildi? New York Times gazetesi “basın özgürlüğüne apaçık bir darbe” yorumunu yaparken, Maliye Bakanlığı tüm sürecin tarafsız bir şekilde yürütüldüğünü iddia ediyor. Eğer gerçekten muhalif medyanın susturulması amacı güdülmüş ise, bu durum uyulması gereken Kopenhag Kriterleri’ nin unutulduğuna işaret edecektir.

Doğan Medya Grubu’ nun cezaya itiraz etmek için önünde 3 haftası var. Hükümet çevrelerinden “konuşmaya ve anlaşmaya hazırız” sözleri yükselirken, uzmanlar Doğan’ ın uzlaşmaya yanaşması durumunda politik acidan “uysallaşmayı” da kabul edebileceğine işaret etmekte.

Avrupa Parlamentosu’ndan Kürt açılımına destek



Deutsche Welle Türkische Redaktion, 18.09.2009

AB-Türkiye Karma Parlamento Komisyonu Eşbaşkanlığına seçilen Yeşiller grubu milletvekili Flautre, AKP hükümetinin demokratik açılım girişimini övdü, süreci baltalamak isteyenler olacağını söyledi.

Avrupa Parlamentosu’nda haziran ayında yapılan seçimlerin ardından siyasi gruplar, önümüzdeki beş yıl içinde Türkiye dosyası için önemli olan kilit siyasetçileri belirlemeye başladı. TBMM ve Avrupa Parlamentosu arasında köprü görevi gören Karma Parlamento Komisyonu’nun yeni eş başkanı olarak seçilen Yeşiller grubundan Helene Flautre, DW’ye Kürt açılımı ve Ermenistan ile yakınlaşma girişimini değerlendirirken, şunları kaydetti:

“Bu iki açılımı da çok olumlu olarak görüyoruz. AKP, Kürt açılımından uzun zaman önce zaten bahsederek, Kürt sorunun çözümünün sadece askeri yollarla olamayacağını söylemişti. Bu nedenle bu konuda büyük bir siyasi inisiyatif bekliyorduk. Şu ana kadar çok şiddete tanık oldu, çok ölen oldu, çok acılar çekildi. Bu nedenle bu sorunun çözümü o kadar da kolay değil. Her iki tarafın niyet göstermesi

lazım. Ben Türk hükümetini inisiyatifinden dolayı kutluyorum. Böyle bir isteğin ortaya konulmasına ihtiyaç vardı. Ama tabii ki bu sorunun çözülmesi çıkarına ters düşen insanlar da olduğu bir gerçek. Bu sorunun barışçıl, demokratik yollarla çözülmesini istemeyenler de var. Bu süreci baltalamaya çalışanlar olacaktır. Demokratların çok güçlü olması lazım. İşte bu nedenle AB'nin bu inisiyatifi desteklemesi gerekiyor. Ermenistan açılımı ise bütün bölgenin istikrarı için çok önemli. İki ülkenin pakt imzalamasıyla her şey bitmiyor. Tarihten gelen sorunlar var. Karabağ sorunu halen çözülmemiş bir şekilde ortada duruyor. AB'nin bu konudaki sorunların çözümüne katılımı şart."

Sarkozy ve Merkel'e eleştiri

Flautre, yeni görevinde Avrupa Birliği'nin Türkiye'ye verdiği sözleri yerine getirmesi için çalışacağını söylerken, sözlerini şöyle sürdürdü:

"Avrupa'da sadece Sarkozy ve Merkel yok. Siyasetten başka kültür dünyası, sendikal, ekonomik dünyası da var. Avrupa toplumları içerisinde Türkiye ile Türklerle çok yakın teması olan çok aktör var. Onları da dikkate almak lazım. Tabii siyasetçilerin müzakere sürecini engelleme gücü var. Bunu yakın zaman önce bazı müzakere başlıklarının engellenmesi ile gördük zaten. Ama Sarkozy ve Merkel'in siyasi fırsatçılığının hedefi tamamen ulusal. Ben geçmişte, Avrupa Parlamentosu'nun İnsan Hakları Komisyonu üyesiyken Türkiye'ye bir çok defa gittim ve bu tür açıklamaların Türkiye'deki reform sürecini ne derece olumsuz etkilediğini yakın bir şekilde gördüm. Bunun etkileri çok büyük. Ama aynı zamanda bizim yapacağımız çalışma da, Avrupa kamuoyu önünde Türkiye konusunu konuşmaktan geçiyor. Türkiye'nin üyeliği konusu ise Avrupalıları kendileri hakkında sorular sorduruyor. Avrupa'nın ne olduğu, ne bekledikleri, ne işe yaradığı, Avrupa'nın projelerini sorgulamalarına yardımcı oluyor. Bu soruları ise yanlış soruyorlar. İşte bu konu üzerinde çalışmak lazım. Ben bu Komisyon'un eş başkanı olarak Avrupa'nın sözlerine sadık olması için çalışacağım. Avrupa'nın Türkiye ile güvenilir bir partner olması için uğraşacağım. Çünkü Avrupa kamuoyu ile 'yoyo' oynamak yanlış! Avrupa'nın güvenilir bir partner olması prensip olarak çok önemli. Sabah farklı akşam farklı konuşmak kabul edilemez. "

Avrupa Parlamentosu'nda yeni dağılım

AB-Türkiye Karma Parlamento Komisyonu Eşbaşkanı Flautre, AB'nin yasama organının yeni yapılanmasının, Parlamento'daki Türkiye dosyasını biraz zora sokacağı görüşünde. Flautre bu konuda şu değerlendirmeyi yaptı:

"AP'nin yeni yapılanması içerisinde Avrupa kuşkucuları, sağ, aşırı sağ eğilimleri görüyoruz. Bu çok cesaret verici bir gelişme değil. Ama tabii Türkiye dosyası ile kimlerin ilgileneceğine ve kimlerin etkisi olacağına bakmak lazım. Ama tabii ki Türkiye dosyasının AP'de geçmişe göre çok daha zor bir dönemeçte olduğunu söyleyebiliriz. AP içerisinde bu konuda çok da cesaret verici olmayan yorumlar da duydum. Ama tabii ki AP'deki büyük siyasi gruplar, Türkiye konusu ile ilgilenecek siyasetçilerini seçerken çok da dürüst bir tavır içerisinde değiller. Mesela Kıbrıslı ve Yunan meslektaşlarımızın, Türkiye'nin üyeliği konusunda çok 'ulusal' bir bakış içerisinde. İşte bu nedenle çok ulusal bir bakışı olan siyasetçilerin Türkiye dosyası konusunda görevlendirilmelerini çok da doğru bulmuyorum. "